

Lüneburg, 19.06.2026

Pressemitteilung

Teilhabe ist kein Spar-Thema

Träger der Eingliederungshilfe im Landkreis Lüneburg fordern echten Dialog – und warnen vor den Folgen pauschaler Kürzungen für Menschen mit Behinderung.

Aktuelle politische und finanzielle Diskussionen über Einsparungen im Bereich der Eingliederungshilfe sorgen bei Menschen mit Behinderung, ihren Angehörigen und den Leistungserbringern für große Sorge. Die im Landkreis Lüneburg tätigen Träger der Eingliederungshilfe – darunter die Loewe-Stiftung in Lüneburg, die Lebensgemeinschaft Birkenhof e. V., das Wichernhaus Lüneburg, die Kühnau Plus in Lüneburg, SOS-Hof Bockum und die Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gGmbH – wenden sich gemeinsam an die öffentliche Hand.

Wir erkennen die Herausforderungen der öffentlichen Haushalte ausdrücklich an. Einsparungen dürfen jedoch nicht zu Lasten der Teilhabe von Menschen mit Behinderung gehen. Was es jetzt braucht, ist kein Rotstift – sondern ein echter, strukturierter Dialog auf Augenhöhe.

Das Problem

Eingliederungshilfe bedeutet Wohnen, Arbeit, Bildung und soziales Leben – die vier Grundpfeiler eines selbstbestimmten Lebens. Kürzungen treffen nicht das System. Sie treffen konkret die Menschen. Gleichzeitig prallen die Einschnitte auf gestiegene Kosten durch Tarifierhöhungen, Inflation und wachsende Unterstützungsbedarfe. Das gefährdet Arbeitsplätze, verschärft den Fachkräftemangel und destabilisiert tragfähige Versorgungsstrukturen – mit langfristigen Folgekosten für die gesamte Gesellschaft.

Warum Dialog jetzt entscheidend ist

Gute Sozialpolitik entsteht nicht am Schreibtisch. Sie entsteht im Gespräch – mit den Menschen, die täglich auf Unterstützung angewiesen sind, mit den Fachkräften, die diese Unterstützung leisten, und mit den Trägern, die die Strukturen verantworten.

Ein Dialog auf Augenhöhe bedeutet: Betroffene und Leistungserbringer werden nicht informiert, sondern einbezogen. Nicht nach der Entscheidung – sondern davor. Reformen, die ohne diese Stimmen gemacht werden, gehen an der Realität vorbei und erzeugen höhere Folgekosten durch Krisen, stationäre Unterbringungen und verlorene Selbstständigkeit.

Wir sind bereit für dieses Gespräch. Wir bringen Fachkenntnis, Praxiserfahrung und den Willen zur konstruktiven Mitgestaltung mit. Aber dieser Dialog muss stattfinden – ergebnisoffen, respektvoll und verbindlich.

Was das Recht sagt

Das Bundesteilhabegesetz garantiert Menschen mit Behinderung ein einklagbares Recht auf Unterstützung. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland 2009 ratifiziert hat, verpflichtet zusätzlich völkerrechtlich: Inklusion ist Pflicht, kein Goodwill.

Pauschale Kürzungen bei der Eingliederungshilfe – insbesondere bei der individuellen Teilhabe-Assistenz – gefährden die Umsetzung gesetzlich verankerter Teilhabeansprüche und stehen im Widerspruch zu den Zielen des Bundesteilhabegesetzes sowie der UN-Behindertenrechtskonvention.

Unsere Forderungen

- ✓ Keine pauschalen Kürzungen bei der Eingliederungshilfe
- ✓ Vollständige Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
- ✓ Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention
- ✓ Erhalt und Ausbau der Teilhabe-Assistenz
- ✓ Spürbarer Bürokratieabbau, der Ressourcen in direkte Unterstützung lenkt
- ✓ Strukturierter, verbindlicher Dialog auf Augenhöhe – mit Betroffenen, Trägern und Fachwelt, vor jeder Entscheidung

Stimme aus der Praxis

„Wer bei der Eingliederungshilfe spart, spart nicht an Strukturen.

Er spart an Menschen – an ihrer Würde, ihrer Freiheit, ihrer Zukunft.“

Inge Seiler-Päpper, Geschäftsführerin der Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gGmbH

📌 Hinweis:

Im benachbarten Landkreis Harburg hat sich mit dem BeNe e.V. (Beratungsnetzwerk für Teilhabe und Inklusion) eine ähnliche Initiative gebildet, die ebenfalls für den Erhalt der Eingliederungshilfe eintritt. Die gleichgerichteten Forderungen aus beiden Landkreisen machen deutlich: Dieses Thema betrifft die gesamte Region.

Zum Hintergrund

Die unterzeichnenden Träger versorgen im Landkreis Lüneburg gemeinsam etwa **3000** Menschen. In ihren Einrichtungen und Diensten arbeiten etwa **1500** Fachkräfte.

Kontakt und Rückfragen:

Inge Seiler-Päpper, Geschäftsführerin

Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH, Vrestorfer Weg 1, 21339 Lüneburg

Telefon: 0 41 31 – 30 18 21 • E-Mail: i.seiler-paepper@lhlh.org • Internet: www.lhlh.org

(Mit-)Unterzeichnende Organisationen (Landkreis Lüneburg):



»EUTHANASIE« - GEDENKSTÄTTE
LÜNEBURG gGmbH

